

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Jahreshälfte 1500.— M. Einzelverkaufspreis 120 M.

Redaktion: Johannisstraße 46

Fernruf 105 nur Redaktion.
126 nur Geschäftsstelle.



Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile ober deren Raum 300.— Mark, auswärts 350.— Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 M. für Reklamen 1200.— M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 126 nur Geschäftsstelle
105 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 106.

Dienstag, 8. Mai 1923.

30. Jahrgang.

Fortsetzung der Diskussion?

Berlin, 8. Mai.

Die Antwort der französischen und belgischen Regierung auf das deutsche Angebot zeigt deutlich die Spuren eines Kompromisses, aber auch die Geschicklichkeit eines juristisch gut vorgebildeten Politikers. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Antwort in psychologischer Hinsicht als geschickte Arbeit zu bewerten ist und auch in bezug auf den Aufbau sowie die allgemeine Formulierung vom französischen Standpunkt aus betrachtet kaum etwas zu wünschen übrig läßt. Poincaré hält sich im wesentlichen an das deutsche Angebot und beantwortet jeden einigermaßen wichtigen Punkt zum Teil sehr ausführlich, wenn auch unklar. Neben der Entschiedenheit von Tatsachen und direkten Unwahrheiten leistet sich die Note manches nicht unberechtigte Wort der Kritik, bietet aber dennoch der deutschen Regierung auch Gelegenheit, an dieser oder jener Stelle anzuknüpfen und die Diskussion fortzusetzen.

Liegt man die Note oberflächlich, dann fallen die Forderungen auf Verzicht des passiven Widerstandes als Voraussetzung für Verhandlungen und die Erklärung, daß die neu besetzten Gebiete nur nach Maßgabe und im Verhältnis der geleisteten Zahlungen geräumt werden sollen, stark ins Auge. Keine Regierung dürfte sich in Deutschland dazu hergeben, für den Verzicht auf die passive Abwehr einzutreten, solange fremde Truppen sich widerrechtlich an der Ruhr befinden. Die aufmerksame Betrachtung der Formulierung über den passiven Widerstand kann u. E. auch nicht zu der Schlussfolgerung berechtigen, daß die Note ein derartiges Verlangen stellt. Gerade der Wortlaut über die Abwehr läßt an Unklarheit und Zweideutigkeit nichts zu wünschen übrig, jedoch schon hier die erste Möglichkeit zur Anknüpfung, zur Forderung nach Klarheit, vorhanden wäre. Und dann: Was heißt „nach Maßgabe“? Auch unter dieser Formulierung kann man sich allerlei vorstellen, auch sie erfordert eine nähere Erläuterung, um die das Reichskabinett erlösen muß. Jedenfalls kann kein Mensch behaupten, daß die Formulierung der beiden genannten Punkte einwandfrei ist und zu der Schlussfolgerung auf Ablehnung vorläufiger Verhandlungen berechtigt, weil man uns neue Demütigungen zumutet.

Nicht ganz unberechtigt ist die Kritik der französischen und belgischen Regierung an dem vorläufigen deutschen Zahlungsplan, wie er in dem deutschen Angebot niedergelegt war. Ueber die Höhe der Summe läßt sich handeln. Der Hauptfehler des deutschen Angebotes aber lag in dem Mangel an Garantien. Auch die Reichsregierung dürfte sich klar darüber sein, daß zur endgültigen Lösung des Reparationsproblems internationale Anleihen gehören, jedoch es uns unbegreiflich bleibt, wenn sie nicht von vornherein die notwendigen Garantien wenigstens näher formuliert hat. Heute rächt sich die Unterlassung. Herr Poincaré greift sie auf und macht sich über die deutschen Zumutungen in demagogischer Weise lustig. Die Regierung muß deshalb auch hier das Versäumnis nachholen und in einer neuen Note Klarheit darüber schaffen, welcher Art die geschuldeten Verpflichtungen der Wirtschaft für die Garantieleistungen sein sollen und welche anderen Garantien sie zu leisten beabsichtigt. Das gleiche gilt für die Sicherheitsgarantien gegenüber Frankreich und Belgien. Daß die über diese Frage in dem deutschen Angebot abgegebenen Erklärungen sowohl die französische als die belgische Regierung nicht befriedigt haben, konnte man sich im voraus an den Fingern abzählen. Warum bezog sich die Regierung nicht auf die §§ 42 bis 44 des Versailler Vertrages und nahm Herr Poincaré so von vornherein die Gelegenheit, darauf zu verweisen, daß noch nicht einmal auf die Sicherheiten, die im Vertrag von Versailles festgelegt sind, Bezug genommen wird? In der kommenden deutschen Note wird man sich trotz der Deutschnationalen Volkspartei dazu bereit finden und darüber hinaus auf den Pakt Bezug nehmen müssen, dem man damals aus Freundschaft zur bairischen Regierung fallen ließ. Bedauerlich bleibt nur, daß das Verhältnis der Reichsregierung zu Bayern und ihre Liebe gegenüber den Herren Helfferich und Hergt, die bekanntlich den Versailler Vertrag für null und nichtig erklären, zu neuen Schädigungen für das deutsche Volk Anlaß geben konnten.

Deutschland kann Frankreich und Belgien natürlich nicht daran hindern, die vorgeschlagene internationale Kommission

zur Festsetzung der deutschen Leistungsfähigkeit und zur Gewährung der Anleihen abzurufen. Jedenfalls ist die Befürchtung falsch, daß Deutschland die Reparationskommission vernichten will. So viel Einfluß tragen wir uns nicht zu, Herr Poincaré soll diese Ansicht um unterwürgen behalten. Als objektiver Kritiker — dieses Recht nimmt er doch immer für sich in Anspruch — sollte Poincaré eigentlich für den deutschen Vorschlag Verständnis haben. Er geht einmal von dem Grundsatz aus, die Leistungsfähigkeit von einem unparteiischen Richterkollegium abschätzen zu lassen, andererseits aber von der durchaus richtigen Annahme, daß für Anleihen, die doch einmal notwendig sind, nicht die Reparationskommission zuständig sein wird, sondern dieses internationale Komitee. Deutschland dürfte keine Anleihen erhalten, ohne daß die Anleihegeber oder deren Vertrauensleute selbst die Leistungsfähigkeit festsetzen und die Garantien für die Anleihen prüfen. Inwiefern kann uns an sich die Ablehnung einer internationalen Kommission durch Poincaré ziemlich gleichgültig sein, da ihre Bildung von denjenigen Bankiers doch als erste Voraussetzung gefordert werden wird, die bereit sind, uns Geld zu borgen.

Alles in allem ermöglicht die französische Antwort die Fortsetzung der Diskussion, wenn sie auch von Deutschland manches Zugeständnis fordert. An Zugeständnisse muß man sich in Deutschland ebenso gewöhnen wie an den Verzicht auf Prestigerückstände. Denn darüber soll man sich in der Wilhelmstraße doch auch klar sein: Deutschland hat den Krieg verloren. Ueber die Art der von uns notwendig zu machenden Zugeständnisse werden die englische Regierung und das italienische Kabinett, die jetzt eifrig bemüht scheinen, eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen, mitzureden haben. Noch im Verlauf dieser Woche sollen ihre Antworten auf das deutsche Angebot in Berlin abgegeben werden. Bis dahin hat die Regierung Zeit, die unbedingt notwendige Rückantwort vorzubereiten.

Die Note der französischen und belgischen Regierung ist am Montagabend im Vorlaut durch Kurier dem Auswärtigen Amt übermittelt worden. Die Regierung konnte schon deshalb bisher zu der Antwort nicht Stellung nehmen, wäre im übrigen dazu auch nicht in der Lage gewesen, weil der Reichszugler erst am Dienstag aus Frankfurt zurückkehrt. Die Fraktionen des Reichstages werden sich mit dem Inhalt der Note beschäftigen, sobald die amtliche Übersetzung in ihrem Besitz ist. Die Sozialdemokratische Fraktion tritt bereits am Dienstagabend zusammen. In maßgebenden sozialdemokratischen Kreisen wird die französisch-belgische Antwort zur Fortsetzung der Diskussion für geeignet gehalten.

Pressestimmen.

Die Berliner Rechtspresse hält fast ausschließlich die Antwort der französischen und belgischen Regierung für keine Antwort. So sagt z. B. die „Kreuzzeitung“: Verstärkter Widerstand — die einzige Antwort. Diese Auffassung ist symptomatisch für alle übrigen Rechtsblätter. Dagegen schreibt die „Vossische Zeitung“:

„Poincaré will sichtlich nicht die Akten schließen, sondern erwartet einen neuen Schriftsatz. Er will also weiter diskutieren. Und das ist die Hauptsache.“ Auch die „Germania“ ist der Meinung, daß die Note der französischen und belgischen Regierung beantwortet werden muß.

Der „Vorwärts“ schreibt: Inmittenstehend kann man sagen, daß die deutsche Note einen — vielleicht wenig geschickten — Versuch bedeutet, eine Lösung herbeizuführen, während die französische Antwort einen geschickten Versuch darstellt, das Problem unlösbar zu machen. Folge davon ist, daß die notwendige Diskussion langsamer und schwerfälliger in Gang kommen wird als es den Interessen Europas entspricht. Einzuweisen ist abzuwarten, in welcher Weise sich das von Poincaré mit gewollter Nichtachtung behandelte England in ihr geltend machen wird.“

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.

Anläßlich der Beratungen des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums hatte die sozialdemokratische Fraktion im Hauptausschuß den Antrag gestellt, den in neu- und altbesetzten Gebiet entlassenen Arbeitern und Angestellten das Recht auf Wiedereinstellung gesetzlich zu sichern. Die bürgerlichen Parteien glaubten nach Ablehnung dieses Antrages die Ruhrkämpfer mit einem Beschluß absperrn zu können, wonach die jetzt entlassenen Arbeiter und Angestellten bei späteren Neueinstellungen „benohtigt“ werden sollen. Angesichts dieser Herausforderung unserer Kameraden im Ruhrgebiet erneuerte die sozialdemokratische Fraktion ihren Antrag im Plenum und verlangte nunmehr unter Berücksichtigung aller vorgebrachten sachlichen Bedenken die sofortige Vorlage eines Notgesetzes, „durch das den seit der Ruhrbesetzung im neu- und altbesetzten Gebiet entlassenen Arbeitern und Angestellten in Be-

trieben mit mehr als 10 Arbeitnehmern das Recht auf Wiedereinstellung und Weiterbeschäftigung in allen nicht vollkommen stillgelegten Betrieben gewährleistet wird. Weitere Kündigungen und Entlassungen sollen in den genannten Betrieben während der Dauer der Ruhraktion nicht ausgesprochen werden dürfen. Die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, dem Handelsgesetzbuch und der Reichsgewerkeordnung geltenden Bestimmungen über fruchtlose Entlassungen bleiben von diesem zu erlassenden Notgesetz unberührt.“

In der Generaldebatte appellierte Genosse Aufhäuser an die bürgerlichen Parteien, ihre wiederholten Liebeserklärungen für die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet nun endlich in die Tat umzusetzen. In der Spezialdebatte erinnerte Genossin Toni Sender daran, in welcher umfassender Weise das Reich die Unternehmern im besetzten Gebiet begünstigt habe, um ihnen die Aufrechterhaltung der Betriebe zu sichern.

Nachdem die sozialdemokratische Fraktion schließlich die namentliche Abstimmung beantragte, um so die Reichstags-

abgeordneten aller Parteien zu einem klaren Bekenntnis zu bewegen, stellten die bürgerlichen Parteien den Antrag, die Angelegenheit an einen Ausschuß zurückzuverweisen. Der Hinweis von sozialdemokratischer Seite, daß es sich zunächst lediglich um die Willensunterbrechung des Reichstaats handle und die ausgearbeitete Gesetzesvorlage ohnehin noch an den Ausschuß gelangen werde, also der jetzige Überweisungsantrag lediglich eine Verklebung darstelle, hatte keinerlei Wirkung. Die bürgerlichen Parteien benutzten ihre Mehrheit, um die ihnen unangenehme Abstimmung zu umgehen, indem sie die Überweisung an den sozialpolitischen Ausschuß beschlossen. Die Sozialdemokratie wird diesem Schachzug zu befragen wissen und im sozialpolitischen Ausschuß die sofortige Behandlung der Angelegenheit verlangen. Dabei wird sich zeigen, daß das ganze geschäftsordnungsmäßige Manöver der bürgerlichen Parteien nur gemacht worden ist, weil man Gegner dieses eigentlich selbstverständlichen Antrages ist.

700 Eisenbahnerfamilien ausgewiesen.

31. N., den 8. Mai.

In Euskirchen wurden neuerdings 700 Eisenbahnerfamilien ausgewiesen. In Bonn fanden neuerdings in allen Stadtteilen Massenvertreibungen von Eisenbahnerfamilien durch französische Truppenabteilungen statt. In einzelnen Stellen sind die Franzosen dazu übergegangen, bei den Eisenbahnbahndienststellen, die Privatwohnungen haben, Mobiliar-Ausnahmen zu machen. Dabei verbieten sie den Wohnungsinhabern bei eventueller Ausweisung, Möbel fort zu schaffen.

Der Krupp-Prozess.

Heute Abend Urteilsverkündung.

Werden, 7. Mai.

Erst kurz nach 8 Uhr begannen die Verhandlungen des Prozesstages. Als Zeugen wurden der Privatsekretär des Herrn Krupp von Bohlen, Schueppner, und der Bureauvorsteher des Privatbureaus des Direktors Loewner, Hah, und der Botenmeister Gräßlich vernommen, deren Aussagen nichts Neues bieten. Schueppner bestätigte, daß Krupp von Bohlen sich in seiner Korrespondenz, die ganz durch die Hände des Zeugen gegangen sei, niemals in Angelegenheiten des Direktoriums gemischt habe. Hah hat von einer Vereinbarung, im Falle einer Besetzung die Sirenen stehen zu lassen, bis 31. März nichts gewußt. Es war ihm aber trotzdem nicht verwunderlich, als das Sirenengeheul ertönte, da im ganzen Ruhrgebiet den Arbeitern bekannt war, daß im Falle einer französischen Besetzung zwecks Niederlegung der Arbeit die Sirenen gezogen werden. Böckmeier Gräßlich kommt in seiner Aussage darauf zu sprechen, daß er an dem Orléansabendmorgen den mit den Verlonangelegenheiten betrauten Direktor Klopfer Herr Krupp von Bohlen gemeldet habe. Der Staatsanwalt legt anschließend großen Wert darauf, über das, was bei diesem Besuch besprochen wurde, näheres zu hören. Krupp von Bohlen erklärt, daß er Direktor Klopfer beauftragt habe, ihm durch den ältesten katholischen Geistlichen in Essen, Monsignore Euskirchen, eine Unterredung mit dem damals in Essen weilenden päpstlichen Delegaten, Moni. Testa, zu erwirken.

Der Berthelphotograph Wegmann machte aus eigener Initiative Aufnahmen von den Demonstrationen, zwei vor und eine etwa 3-5 Minuten nach der Katastrophe. Es ist ihm nicht eingefallen, etwa die Menge aufzufordern, Gesen zu machen. Als man ihn mit seinem Apparat im Fenster erscheinen sah, habe man ihm zugewinkt und gerufen. Ueberhaupt sei die Menge in keiner Weise erregt oder drohend gewesen. Die Stimmung habe man eher als „humoristisch“ bezeichnen können. Zeuge hat auch die Vorgänge kurz vor Eröffnung des Feuers durch die Franzosen genau beobachtet. Die Franzosen feuerten vom Eingang der Katakomben aus. Die erste Salve habe bereits einen jungen Mann, der auf dem gegenüberliegenden Dache lag, zu Tode getroffen. Die Menge begann sofort zu flüchten. Der Abteilungsleiter Direktor Dietl. Jea. Müller beobachtete, wie die durch die Katastrophe erregte Menge eines belgischen Motorradfahrers vom Rade rief und angriff. Er nahm den Verletzten in sein Bureau und wusch ihm die Wunden aus. Ordnungsgemäß verbunden wurde der Belgier dann vom Kruppischen Krankenautomobil ins Krankenhaus geschafft.

In der Nachmittagsstunde wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt und gegen 6 1/2 Uhr abends beendet. Die weitere Verhandlung wurde auf Dienstag vormittag 9 Uhr verschoben.

Das Urteil ist in den Abendstunden zu erwarten.

Die englisch-russischen Beziehungen.

Eca, London, 7. Mai.

Die Frage der Beziehungen zwischen Großbritannien und Sowjetrußland bildet auch weiterhin eine ernste Sorge für die englische Regierung. Der politische Mitarbeiter der Times erklärt, daß eine große Anzahl von Parlamentsmitgliedern mit der durch die Anwesenheit der russischen Handelsdelegation in London geschaffenen Lage außerordentlich unzufrieden ist. Diese Frage, so weiß die Times zu berichten, wird im Unterhaus in der allernächsten Zeit angeschnitten werden. Der Mitarbeiter meldet ferner, er habe gute Gründe zu glauben, daß die Mehrheit der Regierungsmitglieder dem weiteren Verbleiben der bolschewistischen Handelsdelegation in Großbritannien abgeneigt ist. Eine Entscheidung des Kabinetts in dieser Frage steht bevor.

Für den Ausbau des Arbeitsrechtes.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Die Sozialdemokratie hat folgende Entschliessung im Reichstag eingebracht. Die Entschliessung wurde dem Sozialen Ausschuss zur Weiterberatung überwiesen:

Der Reichstag wolle beschliessen: Die Reichsregierung zu ersuchen, die Vorarbeiten für ein einheitliches soziales Arbeitsrecht und den Ausbau einer demokratischen Betriebsverfassung mit möglichst baldiger Beschleunigung dem baldigen Abschluss näher zu bringen.

Die Erneuerung des Arbeitsrechtes muß von der sozialen Zusammengehörigkeit aller abhängigen Arbeit durch Vereinheitlichung des gesamten Arbeitsrechtes ausgehen. Sie fordert die planvolle Zusammenfassung aller Zweige des heute zerstückelten und unverbundenen Rechtsstoffes für alle Arbeitnehmer in allen gemeinsamen Beziehungen, sowie die Errichtung von einheitlichen dem Arbeitsweisen besonders dienenden Arbeitsbehörden. Diese Arbeitsbehörden haben im demokratischen Aufbau alle Funktionen in sich zu vereinigen, die heute ohne inneren Zusammenhang teils von allgemeinen Verwaltungsbehörden, teils in wachsender Zahl von Sonderbehörden wahrgenommen werden.

Die der Schaffung eines allgemeinen Arbeitsgesetzbuches vor- ausgehende Teilgesetzgebung ist bereits auf die Bedürfnisse des künftigen einheitlichen Arbeitsrechtes einzustellen. Insbesondere sollte heute schon in den einzelnen sozialpolitischen Gesetzen bei der Errichtung von neuen zentralen und örtlichen Behörden mehr als bisher auf die Schaffung der künftigen einheitlichen Arbeitsbehörden Rücksicht genommen werden.

Als besonders dringend fordert der Reichstag die gesetzliche Regelung der Arbeitsgerichtsbarkeit. Eine weitere Ausdehnung der Landarbeiter, der Hausangestellten, der Bureauangestellten (Rechtsanwaltsgehilfen) und anderer Berufe von den Arbeitsgerichten muß von den Beteiligten als unentbehrlich empfunden werden. Die Arbeitsgerichte müssen für alle Arbeitnehmer und für alle Arbeitsstreitigkeiten in weitestem Sinne Geltung bekommen. Eine Ein- und Angliederung an die Amtsgerichte ist abzulehnen. Bei dem inneren Zusammenhang der gesamten Arbeitsrechtspflege, die das Schlichtungs- und Tarifwesen in sich schließt, erscheint die gemeinsame gesetzgeberische Behandlung der Entwürfe über das Schlichtungs- und Tarifrecht und die Arbeitsgerichtsbarkeit geboten.

Die heute noch möglichen dienstvertragslichen Beschränkungen der Persönlichkeitsentfaltung bei den Angestellten sind mit den sozialen Grundgedanken der Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen. Die Reichsregierung wird deshalb aufgefordert, mit künftiger Beschleunigung Gesetzesentwürfe zur Aufhebung der immer noch zulässigen Konkurrenz- und Erfinderklauseln vorzulegen.

Dem Ansturm auf den gesetzlichen Mindestlohn ist mit aller Kraft zu begegnen. Die Ablösung der bisherigen Demobilisierungsverordnung durch die Arbeitszeitgesetze darf nicht zur Beseitigung des achtstündigen Normalarbeitstages führen.

Die starke Erschütterung, welche die Sozialversicherung vor allem durch die Geldentwertung erfahren hat, hat gezeigt, daß das bisherige Kapitaldeckungsverfahren den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen gegenüber kaum noch standhalten vermag. Das Reichsarbeitsministerium wird deshalb ersucht, in eine Nachprüfung des heutigen Versicherungssystems einzutreten und die durch Einführung eines Umlageverfahrens sich ergebenden Möglichkeiten für Beitrags- oder Rentenerhöhung zu ermitteln.

Die Anarchie in Bayern.

In der fortgesetzten Debatte im Haushaltsausschuss des Landtages gab Minister Schweyer entrüstend bekannt, daß der Nürnberger Oberbürgermeister für den 1. Mai „militärische Hilfe von

Berlin in Anspruch genommen“ habe, ohne daß die Regierung etwas davon wüßte. Der Minister stellt dies für ein Vorkommnis, das besonders registriert werden müsse und gegen das er mit Entschiedenheit protestierte. Er wollte dadurch nur die Standarten Vorgänge in Nürnberg abwässern, wo die Hakenkreuzler jeden Sonntag Schießübungen auf den Schießplätzen der Reichswehr abhalten. Darüber, woher die schweren Waffen der Hakenkreuzler in Nürnberg und München stammen, wollte oder konnte er keine Auskunft geben. Abg. Auer teilte noch mit, daß am 1. Mai je ein Geschütz mit 100 Schüssen versehen, auf die „Münchener Post“ und das Gewerkschaftshaus eingestellt waren. Gegenüber den Feststellungen des bayerischen Innenministers erklärte der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Luppe u. a. folgendes:

„Ich habe am Morgen des 1. Mai die Reichsregierung und den bayerischen Gesandten in Berlin darüber informiert daß in der Nacht die nationalsozialistischen Stütztruppen aus dem ganzen Lande nach München gefahren seien und bei ihnen die Absicht bestünde, die Regierung in München zu fassen; wenn dies glückte, sollte am nächsten Tage Nürnberg in Besitz genommen werden. Ich habe der Reichsregierung mitgeteilt, daß ich im Falle eines Sturzes der bayerischen Regierung und eines Vorgehens gegen Nürnberg es für nötig halte, daß Reichswehr nach Nürnberg komme. Es ist also lächerlich, daß ich Reichswehr angefordert hätte; ich habe lediglich mitgeteilt, welche Maßnahmen ich für nötig halte, falls die bayerische Regierung wirklich gestürzt werden sollte und nicht mehr in der Lage wäre, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.“

Die Nationalsozialisten haben jetzt besondere Jangabteilungen gebildet, um einzelne Sozialdemokraten zu überfallen. Die Münchener Sozialdemokratie wird ihre Abwehrhaltung nicht ablegen, ehe nicht die Regierung bis zur Plenausschreibung des Landtages ausreichende Sicherheiten dafür geboten hat, daß sie die Anarchie in München ernstlich beiragen will.

Volkswirtschaft.

England und die Ruhrbesetzung.

Durch die Besetzung des Ruhrgebietes ist eine internationale Kohlenknappheit entstanden, die zu einer außerordentlichen Belebung des Absatzes englischer Kohle und damit auch der Kohlenförderung geführt hat. Die wöchentliche Förderung überstieg 5,7 Millionen Tonnen und überstieg damit die Vorkriegsförderung. Auch die Ausfuhr nach Deutschland, Belgien und Frankreich nahm wesentlich zu. Folgende Zahlen kennzeichnen den

Devisen-Kurse.

Berlin, 8. Mai.

Amfliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	7. Mai.	8. Mai.
Amsterdam	1 fl.	1466,25
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	2159,58
Kristiania	1 Kr.	6319,16
Kopenhagen	1 Kr.	9942,60
Stockholm	1 Kr.	9650,60
Helsingfors	1 finn. Mk.	1039,42
Rom	1 Lire	1822,95
London	1 £	173 036,25
Newyork	1 Dollar	97 558,87
Paris	1 Frs.	2498,75
Zürich	1 Frs.	6758,06
Madrid	1 Pesetas	5655,77
Wien	100 Kr.	52,16
Prag	1 Kr.	1110,21
Budapest	1 Kr.	6,98

Ausstieg der englischen Kohlenförderung und des Kohlenexports in diesem Jahre (in Tonnen):

1. Vierteljahr.	Förderung.	Ausfuhr.
1921	53 783 000	5 397 332
1922	62 202 000	13 236 504
1923	71 042 000	18 694 000

Zu dem hier verzeichneten Export kommt noch die an Schiffe abgegebene Bunkerkohle, deren Absatz gegen das 1. Vierteljahr 1922 eine geringe Steigerung aufweist. Die Kohlenknappheit hat aber nicht nur vorteilhafte Wirkungen für England, sie führte vielmehr eine Steigerung der Kohlenpreise herbei, die sich in der englischen verarbeitenden Industrie sehr fühlbar macht und den Export hochwertiger Waren erschwert. Aus diesem Grunde ist der Gewinn, den England aus der Ruhraktion zieht, ein recht fragwürdiger. Er kommt ausschließlich der Montanindustrie zugute.

Eine gewaltige Zunahme verzeichnete auch die Produktion und der Absatz der englischen Eisen- und Stahlindustrie. Der Rohisenexport stieg im ersten Vierteljahr ds. Js gegen das Vorjahr von 0,11 auf 0,27, die Ausfuhr von Eisen- und Stahlprodukten von 0,65 auf 0,76 Millionen Tonnen. Die Produktionsziffer hat sich gegen das Vorjahr nahezu verdoppelt. Demgegenüber ist die weiterverarbeitende Industrie Englands von der Schwächung Deutschlands stark betroffen. So sind die Einfuhren Deutschlands an Kupfer und Zinn aus England auf ein wüziges Maß zusammengebrochen. Die in England weiterverarbeitete Textilindustrie kann ihre Baumwollwaren nach Deutschland nicht absetzen, während die Nachfrage nach Wolle lediglich durch das Steigen der Wollpreise am Weltmarkt noch günstigen Geschäftsgang hat. Die Ausfälle, die die verarbeitende Industrie in England durch den Rückgang der deutschen Kaufkraft erleiden, werden auch dadurch nicht ausgeglichen, daß man nach dem vorübergehenden Auscheiden des deutschen Konkurrenzlers sich in England verstärkt auf den Ausbau der heimischen Industrie wirt.

Die Belebung des Schiffsverkehrs im Hamburger Hafen.

Infolge der Ruhraktion und der Verkehrsstörungen im Westen in Deutschland in erhöhtem Maße auf Zufuhren angewiesen, die über die Seehäfen geleitet werden. Das hat eine bedeutende Zunahme des Schiffsverkehrs in den Seehäfen zur Folge. So sind im Monat März im Hamburger Hafen insgesamt 1200 Seeschiffe mit 1 350 882 Netto-Registertonnen angekommen. Diese Zahlen geben bereits erheblich über die entsprechenden Vorkriegszahlen hinaus; denn im März 1913 sind nur 1227 Seeschiffe mit 1 212 936 Netto-Registertonnen angekommen. Auch die Zahl der ausfahrenden Schiffe hat sich wesentlich erhöht; es sind insgesamt 1485 Seeschiffe mit 1 339 509 Netto-Registertonnen ausgehrt gegen 1297 mit 1 123 735 Netto-Registertonnen im März 1913 aus dem Hafen ausgelaufen.

Die Entwicklung des Genossenschaftswesens.

Im Februar ds. Js. ist der Bestand der deutschen Genossenschaften um 133 gestiegen, während der Zuwachs im Vormonat 143 betrug. Die Gründungstätigkeit hat etwas nachgelassen, allerdings ist auch die Zahl der Auslösungen von Genossenschaften zurückgegangen, jedoch immerhin noch der erwähnte Ueberschuss über die Auslösungen bleibt. Der Rückgang der Gründungstätigkeit entfällt hauptsächlich auf landwirtschaftliche Rohstoff-Genossenschaften, Kreditgenossenschaften, Warenvereine und Konsumvereine. Von den letzteren sind im Februar 25 neu gegründet worden, denen 6 Auslösungen gegenüberstehen. Insgesamt hat sich die Zahl der Genossenschaften ohne die Zentralgenossenschaften am Ende Februar auf 50 291 erhöht.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freisport Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Wolle Form und Jugendfrische

und der Wunsch vieler Frauen. Wir waren Ihnen, 30 g echte Wollkerne zu kaufen, die erprobte, völlig unachädliche Stoffe von anfangsfordern Wirkung enthalten. Davon nehmen Sie 3mal täglich 2-4 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apothek, Mengstr. 10.

Der Wanderer ohne Weg.

Roman von August Hinrichs.

36. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Wie stolz war ich auf meine Schwester um dieses Wort. In den nächsten Tagen half ich Hannes in seiner kleinen Werkstatt. Er hatte ein paar Aufträge bekommen; ich richtete ihm die Arbeiten ein, zeigte ihm, wie er manches verteuert angriff und besser anders machen konnte, wie er dies und jenes nicht sorgfältig genug und anderes wieder viel zu unständlich arbeitete, und Hannes stimmte mir immer begeistert zu. Wäunter sah Hilde einmal in die Tür, freute sich, wie wir so eifrig an der Arbeit waren und verschwand wieder. Dann hämmerte Hannes einen Augenblick wie toll, sah verflohen zu mir herüber und schlopfte ihr heimlich nach, um nach wenigen Minuten mit einem so strahlenden Lächeln wieder zu erscheinen, daß ich über Zweck und Erfolg seines Hinausstreichens keinen Zweifel haben konnte.

Hilde selbst blühte in diesen Wochen auf. Wenn sie auch immer etwas Mütterliches behielt, auch in der Art, wie sie mit Hannes umging und ihn, ohne daß er es merkte, umwandelte und lenkte, so glänzten ihre Augen doch so, daß der selbige Hannes behauptete, sie küßte sie jeden Morgen von neuem blank, anders sei es nicht möglich.

Eines Abends freilich, als die Kinder schliefen und ich unvernünftig ins Wohnzimmer trat, sah ich erstaunt, daß die erstgeborene und verständige Hilde wie ein vertriebenes Mädchen auf dem Schoß ihres Mannes saß, die sonst immer glatte Ordnung an Kopf und Hals willig von ihm verworfen und seine tollpatschigen Hände mit ihrem jungen Blühen spielen ließ, woviel sie nur mochte.

Bei meinem Eintritt barg sie erschrocken wie ein entsetztes Schulmädchen ihren zerzausten Kopf an seiner breiten Brust. Hannes aber benutzte logisch diese schöne Gelegenheit, sich als Held und Beschützer zu zeigen, indem er seinen einen Arm tröstend um die Verlegene schlang und mit mir dem anderen, gutwütig lächelnd, einen vertraulichen Wink gab, mich zurückzuziehen.

„Ach, ich gönnte den Beiden ihr bisheriges Glück von Herzen, und doch tat es mir bitter weh.“

Sie fühlten es und verbargen vor mir, was sich vielleicht verbergen ließ — Güt und Leidenschaft. Aber die stille Heiterkeit ihrer Seelen, die heimliche Freude an ihrer jungen Gemeinschaft durchdrante sie von innen heraus und schuf um sie beide ein Behagen, das durch alle scheinbar gleichgültigen Worte hindurchleuchtete. So erlebte ich in unmittelbarer Nähe ein Glück, das mir für immer verjagt bleiben magte, das mich aber dennoch nicht verbitterte, sondern mein Herz nur mit schmerzlicher Begehrn füllte.

Und ich selbst — sollte ich ewig nur Zuschauer im Leben bleiben und, von der Bühne hinweggestoßen, nur das Spiel der anderen verfolgen, mit heißen oder kühlen, schmerzlichen oder mitleidigen Blicken, ohne mein volles Herz mit in die Handlung zu schleudern? Ach, wofür liefen meine Gedanken?

Immer härter zog mich eine unbestimmte Sehnsucht aus der engen und dunkeln Werkstatt in die freie Welt der sonnigen

Landstraße hinaus, in die Ferne, ins Unbekannte, in die Ein- samkeit.

Aber ich konnte Hannes jetzt nicht im Stich lassen, der den täglich neuen Anforderungen nicht hilflos gegenüberstand und am liebsten alle Anordnungen mir überließ.

Große Anträge blieben zwar aus, aber da Hannes in der ersten Zeit wirklich lächerlich billig gearbeitet hatte, schleppte uns bald die gesamte Nachbarschaft ihre zerbrochenen Stühle und Sophränke heran, so daß wir wenigstens Arbeit in Fülle hatten.

Wir schlachten meist bis in die Nacht hinein, denn die Kasse wollte sich durchaus nicht fällen. Am Abend, wenn die Kinder zu Bett lagen, legte Hilde sich mit einer Näharbeit zu uns in die Werkstatt; am liebsten aber half sie uns ein wenig, und wenn wir auch beide nicht litten, daß sie den Hobel führt, so lernte sie doch bald mit Leim und Beize freilich umgehen und nahm uns auf diese Weise manche Arbeit ab.

Es wurde ein schöner Sommer, aber er zog während der ganzen Woche weit von uns fort durch die Welt — in unserem engen Winkel gab es nichts, was blühen könnte, und ich landete manchmal sehnsüchtigen Blick zu den seligen Volksgenossen hin- aus, die aus der sonnigen Höhe mitleidig in unser Werkstattfenster herabzuschreien — Hilde und Hannes freilich vermischten nichts, sie hatten ihren Himmel für sich.

Nur die Sonntage waren mein. Ich lief, soweit ich konnte, bis ich in irgendeiner entlegenen Waldes- allein war. Und wäh- rend ich hier, stundenlang auf dem Moos liegend, dem viel- stimmigen Leben um mich her lauschte und das Gebaren des mannigfachen Getiers in der Stille beobachtete, rang ich mich von meinem bisherigen Menschsein los, schälte mein Dasein aus allen Verkleidungen heraus und empfand nun mich selbst, ohne die drängenden Wünsche und Hoffnungen, Sorgen und Enttäuhun- gen der Welt, als nacktes Wesen, verwandt mit den anderen Ge- schöpfen der Natur, und wie sie nichts wollend, als in der warmen Sonne zu atmen — Geschöpf sein, weiter nichts.

Darüber vergaß ich Lulle nicht, aber sie rückte mir äußerlich fern, indem ich ihr innerlich zugleich näher verbunden wurde, da ich mich tiefer zu unserer gemeinsamen Wurzel hinabschürfte.

Diese Fahrten kehrte ich, als der Sommer gegangen war, auch im Herbst und Winter fort. Es war mir Bedürfnis, nach einer Woche Zusammenlebens mit anderen einen Tag ganz allein für mich zu haben und mich von allem um mich her zu lösen.

Mitten im Winter bekam unser kleiner Haushalt einen ge- waltigen Stoß — Hilde mußte sich legen und gab einem Mäd- chen das Leben. Ich sah mit Hannes an ihrem Bett und sah er- griffen auf das hilflose Wesen, dessen leise Atemzüge kaum hör- bar waren. Seine Hilflosigkeit und der unbegreiflich ebnungs- lose Ausdruck seiner Augen erschütterten mich. Wenn es auch mugs und groß würde, mußte es dem geheimnisvollen Sinn des Lebens, den drückeren Schöpfungen der Seele gegenüber nicht ewig ebenso hilflos bleiben wie jetzt, da es sich kaum zu regen ver- mochte? Ach, ich empfand, was unentbehrlich und eigentlich von den Blumen, die auf der Höhe eines hohen Felsens ihre Blüten begierig nach der Sonne öffnen, um etwas Licht und Wärme zu empfangen? So hatte auch ich mein Herz geöffnet, und fremde Gemüthen sollten denn auch, daß es sich wehen konnte.

„Du mußt Kate sein“, sagte Hilde lächelnd zu mir, „wie soll es heißen?“

„Wie sollte es heißen?“ —

„Lulise“, sagte ich. Es gab für mich nur den einen Namen.

Hilde sah mich traurig an und strich über meine Hand, ich zog sie zurück und zog rasch wieder an die Arbeit.

Sald war alles wieder im alten Geleite, nur das Hilde eine Hilfe bekam, eine Bekannte, die bei ihr zugleich das Schneider- erlernen wollte, und so den großen Vorzug hatte, nichts zu kosten.

Sie war still und fleißig, und ich sah sie eigentlich nur des Abends wenn die Kinder bereits schliefen und wir alle in dem einzigen geheizten Zimmer um den runden Tisch saßen. Ich hatte mich wieder aus Zeichen gemacht, die beiden Frauen nähten; Han- nes aber, der in seinem jungenWackerholz jetzt immer besonders aufgeräumt war, glaubte genug zu tun, wenn er unteren Fleiß bewunderte und allerlei Redereien trieb. Da war ihm Ra- thilde, das junge Mädchen, ein willkommenes Opfer wegen ihres rostrottenHaars, dessen Farbe durch den roten Lampenschirm aller- dings noch vertieft wurde.

Ich hatte gehört, daß sie in ihrem Leben eine schwere Ent- täuhung erlitten habe. Das nahm mich für sie ein; ich betrachtete im stillen ihr Gesicht, das immer ernst blieb und sich selten zu einem Lächeln vertieft, und suchte eine Geschichte ähnlich der meinen darauf zu lesen. Deshalb empfand ich alle Stühlecken, die Hannes unermüdlich über sie anschlitzerte, beschämt und schmerzlich mit, obwohl sie selbst ruhig und gelassen dabei blieb. Und als er wieder einmal einen neuen Wink über ihr rotes Haar erjand, jagte ich unglücklich: „Laß das, bitte.“ Sie hob den Kopf, und ich sah an, nicht dankbar über meine Hilfe, nur grenzenlos erstaunt. Hannes lachte auf, ich verbarg meinen Verrger über seine taktlosen Spöttereien nicht und machte ein finstres Gesicht.

Da sagte sie ruhig: „Warum soll er das nicht sagen?“ Ich weich ja, daß es höflich ist.“

Vielleicht war sie ihr ganzes Leben hindurch die Zielscheibe harmloser und boshafter Spöttereien gewesen und empfand sie nun als etwas Selbstverständliches, das man hinnahm, weil es Geleg war, ohne sich viel zu mothen. Am so mehr wunderte sie sich, als ich heftig aufsprang, da Hannes immer noch lachte, und ärgerlich rief: „Schlitz ist es, etwas lächerlich zu machen, nur weil es ein Besonderes ist.“

Hannes wurde plötzlich still. Es war der erste Zwist zwis- schen uns beiden; ein unbehagliches Schweigen trat ein. Das mit jeder Sekunde qualender wurde. Man fühlte, wie jeder nach einem beiseitenden Worte suchte und doch keines fand, als das Mädchen, dem dies alles besonders peinlich sein mochte, mit bei- den Händen an den Kopf griff, rasch ein paar Nadeln löste und nun die volle Blut ihres Haars niederrutschen ließ.

„Da sehen Sie“, sagte sie, und sah mich heiter an, „wie recht er hat.“

Es war seltsam, wie die qualvolle und drohende Spannung durch diese einfache Tat und noch mehr durch den unbefangenen Klang ihrer Worte gelöst wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Das Geleh- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 82 vom 5. Mai 1923 enthält: (1474)
 Schutzvertrag zur nördlichen Abwehrordnung vom 1. April 1919. — Bekanntmachung betreffend die Gebührenordnung der Senatskanzlei Nr. 33 vom 8. Mai 1923 enthält:
 Bekanntmachung, betreffend das Verbot der Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Russland und den Nachfolgestaaten. — Verordnung, betreffend die Erbschaft der Hebböde.

Zweiter Nachtrag

zu der Verordnung vom 5. Juni 1920, betref. den Markt am Holstentor.
 1. § 4 Ziffer 3 Satz 1 erhält folgenden Wortlaut:
 Für die Anweisung eines Platzes wird von jedem Verkäufer mit bespanntem Fuhrwerk eine Gebühr von 500 Mk. für jeden anderen Verkäufer eine Gebühr von 300 Mk. erhoben.
 2. § 5 Ziffer 2 erhält folgenden Wortlaut:
 Als Verkäufer ist nur zugelassen, wer die im § 4 Ziffer 3 vorgeschlagene Platzgebühr entrichtet hat; er ist für die Bespanntheit, die richtige Bespannung, Abmessung und Verpackung der Waren verantwortlich. (1498)
 Lübeck, den 5. Mai 1923.
 Das Polizeiamt.

Öffentliche Zustellung. Ehefrau Friederike Hinrichsen geb. Zank, Lübeck, vertreten durch Rechtsanwalt wähe Bach, Koche, Dr. Schmidt, Lübeck, gegen Hermann, Walter, Friederich Hinrichsen, früherer Lübeck, mit Antrag, die Ehe der Parteien zu scheiden und Verlangen für Schulden zu erfüllen. Klägerin laden Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor Landgericht, Zimmer 11, Lübeck, am 3. Juli 1923 morgens 10 Uhr zur Kufforderung, einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt zu bestimmen, um den Vertreter zu bestellen. Lübeck, den 4. 1923. (1475)
 Gerichtsschreiber des Landgerichtes.

Bekanntmachung. In Abänderung der Ferienordnung vom 25. Januar 1923 werden die dreijährigen Hängelkinder auf die Zeit vom 19. — 28. Mai befristet. (1484)
 Lübeck, den 7. Mai 1923.
 Die Oberichtsbehörde.
 Ein Sportwagen und ein großer Kappemwagen billig zu verkaufen. (1489)
 1489 Kappemwagen 3. III.
 Ein Laas Herrenstrome, Nr. 20 zu verk. (1503)
 Steinstr. 1.
 1. gutere. Kinderwagen zu verkaufen. (1509)
 Steinstr. 42.
 Wegen gebil. in der Bahn von 2. Klasse am Freitag 1. Perlenmutter in Forderung, geb. M. Schlichting 14. 10. 19. Abz. gen. Sel. Preisänderung 11/20 1. I.

Cogis zu vermieten
 1488 Weberstr. 7, I.
 1489
 1490
 1491
 1492
 1493
 1494
 1495
 1496
 1497
 1498
 1499

Frühobstpflanzen
 1482
 1483
 1484
 1485
 1486
 1487
 1488
 1489
 1490
 1491
 1492
 1493
 1494
 1495
 1496
 1497
 1498
 1499

Am Sonnabend entlichet nach längerem Leiden unter lieber Sohn (1496)
Carl
 im 23. Lebensjahre.
 Tief betrauert von uns und allen Angehörigen
Wilhelm Reuter u. Frau
 geb. Kempke
 und Geschwister.
 Die Trauerfeier beginnt am Freitag, 24. Uhr, in der Kapelle Bonwerfer Friedhof.

Am 5. Mai starb unter treuer Andenker (1492)
Carl Reuter.
 Wir werden ihm Andenken stets in Ehren halten.
 Firma
Duncker & Co.
 Hamburg.
 J. H.: Johannsen.

Am 5. Mai starb nach langer Krankheit unter Kollegen, d. Ehrentitel (1493)
Carl Reuter.
 Wir werden ihm Andenken stets in Ehren halten.
 Die Arbeiter der Firma
C. Fr. Duncker & Co.,
 Hamburg. (1493)

Sagen hierdurch allen Freunden u. Bekannten, besonders der Sos. Partei und dem Geliebten Seerich Tüchtemann für die Aufrichtigkeit zur silbernen Hochzeit im dem herrlichen Saal.
Carl Brandt u. Frau.
 Seerich, 6. Mai 1923

Deute u. folgende Tage **prima junges Fleisch,**
 sowie sämtliche Wurstsorten (1498)
 in bekannter Güte.
Robert Dose,
 Fleischhandlung,
 Sandstr. 62.
 Tel.: Engelstr. 58.

Morgen **prima junges Rostfleisch.**
C. Kühn,
 Schulfstraße 9b.
 Tel. frisch. Dorich 300,
 Barische, Steinbutt,
 leb. Male. (1506)
Eggers,
 Matthei-Kontor 48.

Trauerfallshalber bleibt mein Geschäft am Mittwoch früh von 8 Uhr bis 11 Uhr geschlossen. (1498)
Johannes Holst
 Markt 6. Kohlmarkt 6.

Kautabak
 Der Preis für Lübecker Kautabak beträgt ab heute pro Rolle **Mark 400.**
 (1499)
 Tabakfabrik Chr. Floto.

Arbeiter-Radf. Bund „Solidarität“
 Lützowstr. 62
Schönböden
 und Umgebung.
16. Stiftungsfest
 am 10. Mai (Himmelfahrt).
 Dersu laden freundlich ein
 Das Komitee. (1481)
 NB. Korfahrt um 4 Uhr.

KOLOSSEUM
 Morgen Mittwoch und Donnerstag (Himmelfahrt):
Großer Ball
 Kaffeeöffnung Mittwoch 6.30,
 Donnerstag 5.30.
Joh. u. R. Mittag.
Voranzeige!
 Mittwoch, 16. Mai. (1505)
Künstlerfest
 der Solomiglieder
 des Hansatheaters.

Süßenluft. Jeden Mittwoch u. Freitag
Sängerzweigen
Theaterverein „Freiheit“
 von 1906. (1494)
Großer Theater-Abend
 am Mittwoch, 9. Mai im Gewerkschaftshaus.
 Zur Aufführung gelangt:
 1. Der Mann im gefährlichen Alter.
 Schwan in 1 Akt.
 2. Die fünf Brüder.
 Lützow in 3 Akten.
 Eintritt 50 Pf. mit Steuer.
 Kaffeeöffnung 7 Uhr.
 Anfang 8 Uhr.
Das Komitee.

Neuer Grundstückverein
 Lübeck und Umgegend von 1919 (S. 2).
Monatsversammlung
 am Mittwoch, 9. Mai, abends 8 Uhr
 in d. Zentral-Hallen.
 Wegen der wichtigen Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen gebeten und sind Ausweise unbedingt voraussetzen. (1502)
 NB. Aufnahme neuer Mitglieder am Eingang.
 Der Vorstand.

Stadttheater Lübeck
 Dienstag, 7. Mai: 16. A. Gemont.
 Mittwoch, 8. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Donnerstag, 9. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Freitag, 10. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Samstag, 11. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Sonntag, 12. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Montag, 13. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Dienstag, 14. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Mittwoch, 15. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Donnerstag, 16. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Freitag, 17. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Samstag, 18. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Sonntag, 19. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Montag, 20. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Dienstag, 21. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Mittwoch, 22. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Donnerstag, 23. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Freitag, 24. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Samstag, 25. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Sonntag, 26. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Montag, 27. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Dienstag, 28. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Mittwoch, 29. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Donnerstag, 30. Mai: 16. A. Der Mikado.
 Freitag, 31. Mai: 16. A. Der Mikado.

Die tolle Lola
 kommt!

Ausstellung Rheinlandnot vom 9. bis 14. Mai im Heiligengeist-Hospital. Verein der Rheinländer.

Restaur. * Cafés * Vergnüg.
Fledermaus
 Bockelung und Konz.
 Stroh, Sehenz. Bar.
 Stimmung * Humor.

»OPERA«
 KÜNSTLERSPIELE
 ABENDS 8 UHR

Zillerthal
 Hinter St. Petri 6
 bei der Zeit.
 Gemäl. Aufenbahn.
 Schmiedklingente.

Gewerkschaftshaus
 Johannisstraße 50/52

Café Viktoria
 Mühlendamm 7
 Täglich Konzert

Bodega-Weinstuben
 H. Giesenberg * Fleischhauerstr. 24
 in allbekanntester Güte.

Ruhans Straeladorf
 Lübecks beliebtester Musiksort.
Geertz Hotel, Schwartau
 am Riesebesch. Jed. Sonntag-Konzert.

„TROCADERO“
 Fernsprecher 787 Schüsselbuden 4
 Täglich: **Stimmungs-Konzerte.**

Schweizerhaus, Straelsdorfer Allee
 Restaurant, Konditorei und Café
Ausenehmer Familienaufenthalt.

Geschäftliche Rundschau
 und **Leitungs-Dauer-Fahrplan**
Abfahrt der Züge von Lübeck nach
 Hamburg: 545, 747, 1103, 126, 417, 722, 826 D-Zug, 930 Sonntags, 935.
 Travemünde-Nienhof: 527 Werkt., 815 Travem., 207, 652.
 Büchen: 800, 150, 530. — Segeberg: 130 Werktag, 210 Sonntags, 730.
 Eutin: 715, 200, 648.
 Kleinen: 715, 926 D, 942 D, 1282, 524, 925. (Ohne Gewähr. — Musterzeit.)

Stadthallen-Restaurant und weißer Saal
 Sonntags: im vorderen Raum: Konzert, im weißen Saal: vornehmes Kränzchen.
 Mittwochs: Familienabend mit Tanz.
CORT HANSCHEN.
 NB. Habe mein Lokalitäten für Gesellschaften und Festlichkeiten bestens empfohlen.

Kammerlichtspiele
 Königstraße 25
 Jeden Freitag hochinteressantes neues Programm
Alexander Krock :: Königstraße Nr. 47
 Spezialgeschäft in
 Lederwaren, Reisekoffern, Reise- und Damentaschen in reicher Auswahl.

Sporthaus Paul Gassmann
 Telephon 2171 LÜBECK, Breite Straße 83 Telephon 2171
Loden-Bekleidung
 Vollständige Wander- und Sport-Ausrüstungen in sachgemäßer Ausführung, in erprobt bewährten Qualitäten.

Julius Stammer
 Konditorei - Kaffee
 Lindenstraße 1b.

Lindenhof Näheres im Inseratenteil
 Café Köpff
 Vornehmstes Familien-Café
 Lübeck, Breite Str. 89.

Spezialgeschäft für Schutzzeug und Bekleidung.
Otto Schröder
 Balauerstraße 17.

Nur gute Schuhe
Schuhwarenhaus Auguste Popp
 sind billig!

Schuhwarenhaus von Ludwig Krell, Königstr. 44
 Lager in Arbeiterstiefeln :: Feinste Maßanfertigung
 Reparaturen, Leder-Ausschnitt.

Biete alle Arten
Schuhwaren
 zu billigen Preisen an,
 da kleinen Laden und wenig Unkosten.
F. Lucht,
 Nuxstraße 59.

53 Aegidienstraße 53
 Man kauft und verkauft am vorteilhaftesten
 Garderobe, Pelzwerk usw.
 53 Aegidienstraße 53

79 Fischergarbe (Börse)
 Man kauft und verkauft am vorteilhaftesten
 Garderobe, Seemannsartikel, Pelzwerk
Börse Fischergarbe 79

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 8. Mai.

Aus der Bürgerschaft.

Daran ist seit gestern Abend kein Zweifel mehr möglich: Die Demokraten schieden in ihre Fraktionsführung ihre Großmütter. In der Bürgerschaftssitzung hat keiner von ihnen auch nur die bläffeste Ahnung von den Vorlagen und den Beratungen. Und wenn sie trotzdem in die Debatte eingreifen, dann bieten sie — natürlicherweise — Großmuttergewäsch — wehmützlich und salbungsvoll vorgetragen von dem heuchlerischsten im Kreise — E. H. Schmidt. Ein chinesischer Pagodenbombe mit frisch geöltem Gesicht oder ein Mediziner der Sucht hätte seinem harrenden Volk kein schmerzlicheres Theater vorspielen, kein ergebnisloseres Gesicht und keine unterwürfigeren Bittgebete zeigen, als Schmidt seinen Gläubigen und — sich selbst. Denn er scheint tatsächlich an sich zu glauben. Wie alle echten Mediziner!

Nach aller Voraussicht sollte die gestrige Bürgerschaftssitzung ruhig und schnell zu Ende gehen. War doch der einzige wichtigere Punkt, die Gewerbesteuer, im Haushaltsausschuß in eingehender Beratung völlig geklärt worden. Gerade die bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses hatten auf schnelle Verabschiedung der Vorlage gedrängt, damit die Einschätzung sofort beginnen konnte. Nach eingehenden Beratungen hatten sich die Sozialdemokraten bestimmen lassen, solcher schnellen Verabschiedung zuzustimmen. Eine ganze Reihe kritischer Fragen — Besteuerung der freien Berufe, der Landwirtschaft, des Konsumvereins — sollten erst nachträglich beraten werden. Die sozialdemokratischen Vertreter hatten auch an der Staffellung der Steuerfrage manches auszusprechen; sie wünschten ein langsames Steigen bei den niederen Einkommen und dafür stärkeres Erlassen der höchsten Erträge. Auch hier waren es bürgerliche Vertreter, die auf unveränderte Annahme drängten, nachdem die Sachverständigen dafür gesprochen hatten.

Schließlich hatten die Sozialdemokraten keinen Grund mehr, dagegen zu sprechen. Sie erklärten sich einverstanden; die Hauptsache, die Berücksichtigung der Geldwertung und damit eine gewaltige Erhöhung des Steuerertrages hatten sie ja durchgeführt. Und, wie gesagt, alles schien in bester Ordnung!

Da kam gestern die Erklärung des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, des Deutschnationalen Reimpell. Zwar habe der Haushaltsausschuß die Vorlage so angenommen, aber es seien doch noch so viele Mängel darin, daß sie am besten nochmals an den Haushaltsausschuß zurückgehen soll.

Ist das nicht eine glänzende Politikkunst? Erst drängt man, damit die Vorlage nicht völlig durchberaten werden kann. Und nachher erklärt man, die Vorlage sei noch nicht fertig, sie müsse nochmals beraten werden. Inzwischen entwertet sich dann das Geld aufs neue und — das Geschäft ist gemacht.

Die Sozialdemokraten blieben die Antwort auf solche Bauernschlauheit nicht schuldig. Sie hängten der Sache die richtige Schelle um: Steuerdrückebergerei.

Und die Debatte begann. Dabei sah die Demokratie, insbesondere der genannte Schmidt, ausgezeichnet. Sie wußten von der ganzen Beratung im Haushaltsausschuß nichts — weniger als nichts. Schmidt fragte, weshalb denn die Sozialdemokraten die Landwirtschaft nicht bejammern wollten, weshalb sie freie Berufe nicht besteuern wollten. Er hatte es also nicht einmal für nötig gehalten, den demokratischen Vertreter im Haushaltsausschuß nur mit einem Wort zu fragen. Dann hätte er alles in zwei Minuten erfahren. Der gestrige Abend war eine Schande für den Parlamentarismus! Wenn eine ganze Fraktion in absoluter Unkenntnis der Beratung, an denen sie selbst teilgenommen hat, eine stundenlange Debatte auslöst, so ist das der politische Bankrott dieser Fraktion. Sie bekam ja von unserem Genossen Leber sofort die Quittung: „Bei den Demokraten weiß die Rechte nicht, was die Linke tut.“ Und der Kopf hat keine Ahnung von dem, was das Maul redet.

Und als Herr Schmidt, beleidigt, daß man sein verschimmelttes Gedächtnis anzumageln wagt, persönliche Wappentafeln durch den Saal rief, da wurde er aufs neue abgeseift. Prompt erwiderte ihm der Genosse Leber: „Es ist eine Leichtfertigkeit, meine Herren, dem Gegner dumme Dinge, oder Gauschüsse oder so etwas zuzurufen. Im allgemeinen sind diese Ausdrücke aber doch nur Beweisgründe halbscharker oder zwölfsähriger Straßendiebstahl, die nicht mehr weiter wissen. Ich halte es deshalb unter der Würde dieses Hauses, auf so etwas zu antworten.“

Neberhaupt hatte Schmidt gestern den schwärzesten Tag seines politischen Lebens. Er wollte die bekannten Zahlen von Dr. Leber über die Steuererleichterung widerlegen und behauptete, daß der Lohnabzug nur 19 Prozent der Gesamteinkommensteuer bringe. Aber auch diesmal konnte er haben gehen. Dr. Leber zog einen Bericht des Haushaltsausschusses des Reichstags aus der Mappe und las vor: „Von 533 Milliarden, die im Jahre 1922/23 eingebracht sind, stammen 464 Milliarden, also fast 90 Prozent, aus dem Lohnabzug.“ „Der Lohnabzug und die Verbrauchssteuern bringen etwa 90 Prozent der gesamten Steuererträge des Reiches.“ „Die Befreiung des Vermögens ist ganz unbedeutend.“

Darauf ging Schmidt nach Hause. Wahrscheinlich um für eine schwarz-weiß-rot-goldene Betätigung einen neuen Wirkungsbereich zu suchen. Wie gesagt, selbst die fröhlichsten Gaukler müssen ihr Publikum von Zeit zu Zeit wechseln.

Zum Schluß noch eine andere Bemerkung: Der gestrige Abend bewies, daß jede einzelne kommunistische Stimme dem Bürgertum zu gute kommt. Nicht absichtlich! Das wissen wir auch. Aber in der Wirkung. Als die Sozialdemokraten gestern Abend gegen die gesamten bürgerlichen Parteien kämpften, um die Leichen des Vermögens aufzuknüpfen, da standen sie allein. Die Kommunisten lehnen grundsätzlich alles ab. Und sie helfen diesmal mit ihren Grundbesitzern den Lübeder Geldfäden Milliarden sparen. Wie gut ist es, wenn Kommunisten Grundbesitzer haben. Besonders gut ist das für die Milliardenäre!

Herr Boie, Herr Bent und ihre Profitgenossen mögen sich bedenken bei den Herren Hof und Kiesel. Die Profiteure aber mögen sich in Zukunft überlegen, ob Moskauer Grundbesitzer geübt, um Häuser zu bauen, um Erwerbslosenunterstützung zu leisten, um den Staat in Gang zu halten. Oder ob man das

nicht etwas Geld braucht. Das Geld nämlich der Herren vom Profit.

Freilich, könnte man das alles mit dem ewigen Verleumdungsklaß der kommunistischen „Volksmacht“ bezahlen, so hätte Lübeck keine Finanznot. Solange das aber nicht geht, solange müssen andere Quellen fließen.

Ein Teil der Kommunisten sieht das ja auch schon lange ein. Nicht umsonst hat Heilborn im Ausschuß der Gewerbesteuer zugestimmt. Aber Niemand warf schließlich alles wieder um: Was kümmert uns Lübeck? Wir gehören nach Moskau!

Nachklänge zum Genossenschaftstag.

Für viele Delegierte des Verbandes bildete die Wasserfahrt am Montag mit dem Dampfer „Möwe“ nach Haffstrug ein Ereignis. Das Schiff war denn auch um 7 Uhr morgens stark besetzt und nach unter den Klängen einer kleinen Kapelle in See. Die Sonne verdeckte sich zwar in den ersten Stunden, doch hellte es sich gegen Mittag auf; sie leuchtete sogar freundlich, als die Genossenschaftler nach einer ruhigen und gemächlichen Seefahrt im Haffstrug anlangten und im Kinderheim der Produktion Rast machten. Dieses Kinderheim der großen Hamburger Genossenschaft ist ein besonderes Kapitel genossenschaftlichen Geistes. Genießen hier doch jeden Monat 100 Kinder Hamburger Genossenschaftler einen Erholungsurlaub, wie er besser und zweckmäßiger nicht gedacht werden kann. Aus dem ehemaligen Hotel wurde ein weithin sichtbares schönes Gebäude errichtet, in dem alles aufs denkbar Beste eingerichtet ist. 4 große helle Schlafäle, ein großer Saal und ein Kegel- und Spielplatz dienen der Unterhaltung der Hamburger Arbeiterkinder. Die Wände aller dieser Säle sind schön gestrichelt. Daß die Nebenräume, Küche usw. mit der großzügigen Aufmerksamkeit in Einlang stehen, ist selbstverständlich. Auch eine joga. Dependence ist vorhanden, in der ehemals die Kinder des früheren Großherzogs von Oldenburg wohnten. Für Arbeiterkinder also gerade recht. Ein großer schattiger Park begrenzt das prächtige Heim, in dem sich die 100köpfige Kinderkammer, die 11mal im Jahre wechselt, recht wohl fühlt. In den Aufenhalten sind besondere Bedingungen geknüpft; so müssen die Eltern mindestens 3 Jahre Mitglied des Konsumvereins Produktion sein und einen gewissen Durchschnittsumsatz gefällig haben. Die Wahl der stets zahlreichen Anmeldungen geschieht durch das Los. Man braucht nur in die Gesichter der Jungen und Mädchen zu schauen, dann wird man gewahr, wie sie unter der freundlichen Leitung erfahrener Kinderpächterinnen hier gedeihen. Die Hamburger Tunaes begrüßten die Genossenschaftler durch Trommelschlag. Alle Delegierten waren von dieser genossenschaftlichen Fürsorge aufs angenehmste betroffen. Die Produktion selbst gab einen Beweis ihres großzügigen organisatorischen Geistes beim Empfang der Gäste. Da um diese Tageszeit in dem Badeort noch keine Kasse geöffnet ist, wo sich etwa 300 Mann stärken können, so hatte sie erstklassige Waren ihrer Eigenproduktion aus der Schlachtereier nach Haffstrug geschafft, wo viele von freundlichen Damen aus dem Hamburger Großbetrieb zu angenehmen Preisen dargereicht wurden. Die Stunden verließen gar schnell und in bester Stimmung, da jeder von dieser genossenschaftlichen Kindererholungsstätte am Meere den denkbar besten Eindruck mitnahm. Nur zu bald war die Zeit verstrichen. Weiterhale Pflücker brachten die Gäste wieder an Bord der „Möwe“. Das Ein- und Aussteigen brachte recht heitere Momente — und dann stampfte der Dampfer wieder über die Haffgelände, jenenbestimmene Offiziers- und Travemünde zu, wo die nach Norden reisenden Delegierten Abschied nahmen. Dann schlängelte sich die „Möwe“ durch die Trave und landete eine gute Stunde später die Gäste ihrer ersten diesjährigen Offiziersfahrt am Kai beim Hafenanter. Hier scharten sich die Delegierten mit ihren Frauen zu einem Zug und marschierten mit der Musik an der Spitze nach dem Gewerkschaftshaus, wo gar bald die Trennungsrunde endgültig schloß. Ein Delegierter aus Jöhoe widmete den Lübeder Genossenschaftlern noch einige Worte des Dankes für die gute Aufnahme. Möge dieser 33. Genossenschaftstag dem genossenschaftlichen Geiste im Lande eine neue Kraftquelle sein.

Ausstellung Rheinlandnot. Die Ausstellung wird am 9. Mai, vormittags, im Kreise geladener Gäste eröffnet. Circa von 11½ Uhr des gleichen Tages wird sie dann für den allgemeinen Verkehr geöffnet sein. Täglich um 11 Uhr vormittags und ½7 Uhr werden Führungen veranstaltet. Der abendlichen Führung werden sich einige musikalische Darbietungen aus der volkstümlichen Musik des Rheinlandes und Westfalens anschließen. — Wir verweisen im übrigen auf das heutige Inserat.

Die Lübeder Leuzungszeit für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung beträgt nach der Berechnung des Statistischen Landesamtes in der ersten Maiwoche 262 463 Mk. und die Lebenshaltungskosten = Indexpuffer (1913/14 = 100) 325 960, also das 236fache der Vorkriegszeit. Die Indexpuffer ist gegenüber der Vorwoche um 7,1 Proz. und gegen den April-Durchschnitt um 10,2 Proz. gestiegen.

Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Hamburg-Nordamerika. Nach New York: D. Bayern 14. 5., D. Reliance 15. 5., D. Mount Clay 17. 5., D. Thüringia 24. 5., D. Resolute 29. 5., D. Mount Carroll 31. 5. Nach Boston-Baltimore-Morfolk: D. Hessen 22. 5. Westküste Nordamerika: D. Alaska etwa 12. 5. Zentralamerika und Mexiko: D. Fedofia 18. 5. Hamburg-Westindien: D. Abalia 12. 5. Hamburg-Südamerika. Nach Montevideo, Bz. Aires und Rosario: D. Frankwald 14. 5. Nach Rio und Bz. Aires: D. Teutonia 24. 5. Nach Rio, Montevideo und Bz. Aires: D. Baden 5. 6. Hamburg-Ostasien: Engl. D. Loamsdon 16. 5., N. S. Münsterland 26. 5.

Aus dem Polizeibericht. Wegen Schießung wurde ein bereits wegen Betruges vorbestrafter Reisender aus Schlagsdorf bei Schönberg festgenommen. Er hatte einem Bäcker aus seinem Scheibuch ein Blatt gestohlen, über 430 000 Mark ausgefüllt und mit der Unterschrift des Bestohlenen versehen. Bei der Bank schloß man Verdacht, worauf der Mann festgenommen wurde. — Festgenommen wurde ein Schlosser aus Stendal, der sich an das hiesige Wohlfahrtsamt um Unterstützung gewandt hatte, mit der Angabe, er sei Ruhrkranker. Da er entsprechende Papiere vorlegen konnte, wurden ihm 40 000 Mark zugesprochen. Spätere Nachfragen ergaben aber, daß die Angaben auf Unwahrheit beruhten. — Mittels Einbruch wurden in der Mitte dieses Monats ein goldener Kraxring, eine silberne Damenuhr, eine silberne Armbanduhr, 10 000 Mark bares Geld gestohlen. Brotmarken und 90 Tafeln Schokolade wurden in der Hartengrube entwendet. — Mehrere Fahrräder wurden wieder gestohlen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.
 186a. (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Angestellten.) Sonntag, den 13. Mai Besichtigung der Stadtbibliothek. Treffpunkt: Stadtbibliothek 9½ Uhr.
 Sozialdemokratischer Verein, Kücknis. Unsere Mitglieder-Versammlung findet nicht am 9. 5., sondern am Mittwoch, dem 16. Mai statt.
 Sozialdemokratischer Verein, Distrikt 7 u. 7a. Mittwoch, den 9. Mai, abends 7½ Uhr, in der Schule Moiklinger Allee, 56a. Versammlung. Vortrag des Gen. Fritz D. über Lesn.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Das Korrespondenzblatt Nr. 18 ist eingetroffen und sofort abzuholen. Wer bis Donnerstag jeder Woche nicht die bestellten Exemplare abgeholt hat, muß damit rechnen, daß über seine Anzahl anderweitig verflücht wird. Der Vorstand des ADGB.

Stadttheater. Im Dienstag-Ab. wird Goethes „Egmont“ mit der Musik von L. v. Beethoven gegeben. Den Ab. spielt Herr Dr. Max Böhl vom Schillertheater Berlin. Mittwoch: Zum letzten Male „Der Mikado“. Donnerstag (Himmelfahrt): „Der Lampenläuter“. Im Freitag-Ab. spielt in „Maria Magdalena“ die Rolle des Leonhard Herr Dejan vom Künstlertheater Frankfurt a. M.

Banfa-Theater. Heute Mittwoch, Donnerstag und Freitag 8 Uhr: „Film Nr. 444“ (Nero) mit Gertrud Secwadt-Schulze, Hamburg als Gast. Ab. 16. Mai Gallspiel des Carl Schulze-Theaters, Hamburg mit „Die tolle Lola“.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau-Rensfeld. Ausflug der sozialdemokratischen Frauen Schwartau-Rensfeld mit ihren Kindern, am Himmelfahrtstag durchs Gehölz nach den Osterfurter Lannen und Seereg. Abmarsch um 1 Uhr vom Marktplatz. (1478)

Hamburg. Von einem Schumann erschossen. Ein betrieblender Vorfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich Sonntag Nacht in der Selgoländer Allee, nahe dem St. Pauli-Fährhaus. Der nicht im Dienst und in Zivil befindliche Unterwachtmeister Schmidt kam mit einigen Passanten in einem Wortwechsel, wobei er sich so erregte, daß er seinen privaten Revolver zog und mehrere Schüsse abfeuerte. Durch eine Kugel wurde dabei der Hafenarbeiter Wilhelm Harms so schwer verletzt, daß er bereits auf dem Transport nach dem nahegelegenen Hafentankenhause starb. Der Unterwachtmeister wurde festgenommen.

Oldenburg. Landtag. Haus und Tribünen schlecht besetzt. Die ersten Punkte der Tagesordnung: Änderung des Handelsamtegesetzes 2. Lesung, Änderung des Gesetzes vom 31. Juli 1922 betr. die Landesparafische zu Oldenburg (2. Lesung), sowie die 2. Lesung über die Vorlage des Staatsministeriums betr. den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Rindviehzucht-Gesetzes für den Landesteil Oldenburg und die Änderung des Gesetzes für Oldenburg zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches vom 15. Juli 1900 (2. Les.) werden ohne Debatte angenommen. Dem Gesetzentwurf betr. Gebührenordnung für den Kraftfahrzeugverkehr wird ohne Debatte zugestimmt. Das Gesetz betr. Abänderung des Volksschullehrerdienstentlohnungsgesetzes und des Handelslehrerdienstentlohnungsgesetzes wird in 1. Lesung angenommen. — Eine längere Debatte entzündet sich über den Antrag des Abg. Behrens (Soz.) betr. öffentliche Regelung des Bekleidungswezens. Abg. Behrens als Berichterstatter führte etwa Folgendes aus: Die allgemeine Entwidlung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse mit der fortschreitenden Geldwertung drängen dazu, eine gezielte Regelung des Bekleidungswezens herbeizuführen. Manche Gemeinden hätten schon durch Statut die Sache geregelt, in anderen Gemeinden beständen freiwillige Begräbniskassen. Es seien aber von den 119 Gemeinden Oldenburgs eine verschwindende Minderheit, deswegen müsse der Staat durch ein Rahmengesetz die Sache regeln. Eine einfache Bekleidung sei in einem Jahre von 1850 Mark auf 145 200 Mark unkonsumierbar gekommen. Man könnte den Gemeinden, die meist ungeheuer belastet seien, nicht zumuten, diese Kosten auf Armen- oder Wohlfahrtsreisen zu übernehmen, es müsse ein anderer Weg gefunden werden. Da es überhaupt keine gesetzlichen Vorschriften über das Bekleidungswezen gebe, die meisten Friedhöfe aber konfessionell seien, so zwänge dieser Zustand schon zu einer allgemeinen Regelung, da sonst leicht Schwierigkeiten eintreten könnten bei Beerdigung aus der Kirche Ausgetretenen, oder wenn eine Leiche ohne Sarg beigelegt werden solle, was man heute nicht verbieten könne. Redner tritt weiter für Annahme seines Antrages ein. Abg. Albers (Dem.) und Willenborg (Zentr.) treten für eine Regelung durch Gemeindestatut ein. Abg. Hartong (D.) erkennt an, daß durch Todesfälle einzelne Beerdigungskreise in schwere Not geraten können; denen muß dann von der Gemeinde geholfen werden. Minister Weber erklärt sich namens der Regierung für eine Regelung durch die Gemeinde, wo ein solches Bedürfnis vorliege. Das angefochtene Statut der Gemeinde Warfleth enthalte die vom Abg. Hartong angeführte Einschränkung nicht. Abg. Hug (Soz.) tritt für ein staatliches Rahmengesetz zur öffentlich rechtlichen Regelung des Bekleidungswezens ein. Angenommen wird der Antrag 1 durch die Stimmen des Zentrums und der Volkspartei, der Beflag, Ablehnung des Antrags Behrens, ebenso Antrag 2 mit derselben Mehrheit, der die Regierung erachtet. Statuten, wie sie die Gemeinde Warfleth beschloßen hat, nicht zu genehmigen. Damit ist der Antrag auf Prüfung gefallen.

Warum ist Erdaal wirklich billig?

Das kann ich Dir sofort beweisen.

Was so sparst Du (Gebwand)

Was ist als billig sich erweisen!



1478

Erdaal

Marke Roffrosch - Schuhpostle
Wesner & Mertz A.-G. Mainz

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübed, 7. Mai.

Wortführer: G. Ehlers. — Beginn 6,15 Uhr.

Der Beschluß des Jahrestages der Eröffnung der Frankfurter Nationalversammlung wird zugestimmt.

Ueberlassung von Baumaterial an die Rudolf-Groth-Stiftung. — Frau G r e w e (Komm.) ist nicht damit einverstanden, daß der Staat diese Mittel einer Privatgesellschaft überläßt. Der Staat soll selbst aus den abgebrochenen Burgfeldbaroden auf dem Sandberg eine Liegehalle errichten. — Senator Dr. V e r m e h r e n: Die Bürgerschaft hat selbst die Unwesentlichkeit des Abbruchs der Baroden festgestellt und die vorliegende Form gewünscht. — J o h n (Soz.): Der Antrag ist die Folge der Geldentwertung. Aus diesem Grunde muß der Staat Unterstützung leisten, damit der Bau überhaupt möglich ist. — G o h l e (Volksp.) schließt sich dem an. — R o s e n q u i s t faßt sich an den Kopf und spricht erregt gegen Frau G r e w e. — Der Antrag fand Annahme.

Instandsetzung von Diensträumen im Kanzleigebäude und im Hause Biengstraße Nr. 28. — G e h h a r d t (D.) bemängelt die mangelhafte Begründung des Senatsantrages und erwägt ein Verbot, wonach 6 1/2 Millionen für das Zimmer des Polizeisenators ausgemessen würden. — Senatsschreiber B a l g e r betont, die Vorlage sei abschließend so kurz bearbeitet worden. — Senator M e h r l e i n: Das Inventar des alten Gebäudes reichte nicht aus, so daß verschiedene Neuanschaffungen nötig wurden. Die Möbel für das Dienstzimmer kosten rund 2 Millionen, die Teppiche rund 800 000 Mark. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

Erlaß eines Nachtrages zu dem Gesetz vom 19. September 1898, betreffend die Auflegung von Wästelgebühren. — W a n d l e (Dem.) gibt den Ausschußbericht. — Der Antrag wird abgelehnt.

Ausführung weiteiler Hofhandarbeiten. — H e n t (D.) behauptet, der Pächter des Schönholzer Gutes habe jetzt entgegen den Behauptungen des Herrn Hof, auf Millionen belauende Pachtsummen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Förderung der Neubautätigkeit. — R o s e n q u i s t (Vrbg.) tritt im Interesse der selbständigen Handwerker die Forderung ein, daß man sollte zum wenigsten mit dem selbständigen Gewerbe Rücksicht nehmen. — Dr. G e h h a r d t (D.) beantragt Ueberweisung an einen Ausschuß. Der Vorschlag soll nachgeprüft, aber die Baukosten sollen aus den vom Reich bereitgestellten Mitteln angekauft werden. Daß die Art der Verwendung der Mittel anders gehalten werden soll, müsse erst näher begründet werden. — Bauinspektor B a l g e r erklärt, der Zweck der vom Reich bewilligten Mittel sei, der Arbeitslosigkeit und der Verteuerung des Bauens zu hemmen. Die Bautätigkeit müsse der Verbilligung wegen auf einen kleinen Komplex beschränkt werden, um den Arbeiter zu hemmen. Eine Unterfütterung der Siedler werde in noch viel größerem Maße vor sich gehen als früher, entsprechend der Geldentwertung. — Senator H e n z e ersucht um sofortige Annahme der Vorlage, schon im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Mit der Verabschiedung der Vorlage sei die Frage noch nicht völlig gelöst. — W a n d l e (Dem.) spricht für die Annahme des Antrages. Es wäre unvernünftig, unruhig die Zeit mit Ausschüßberatungen zu vergeuden. Bisher habe sich gezeigt, daß durch Ausschüßberatungen nur Verzögerungen des Bauens herbeigeführt hätten. Der Bau von Einfamilienwohnungen sei nur dann zu genehmigen, wenn darin eine Lücke untergebracht werden. — R o s e n q u i s t (Vrbg.) glaubt nicht, daß durch ganzjährige Vergebung der Arbeiten die Bauarbeiten schneller erledigt würden. Der Wunsch der Gewerbetreibenden müsse Rechnung getragen werden. — Bauinspektor B a l g e r betont, die jetzige Methode sei nur ein Notbehelf der Zeit. Die Mitarbeit der zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Siedler sei notwendig, um rationell zu arbeiten. — Dr. G e h h a r d t (D.) behauptet, daß die Behörde keinen näheren Aufschluß über die Gemährung von Darlehen gegeben habe. Seine Fraktion habe die Bedenken gehabt, daß mit den Mitteln die Bautätigkeit in der vorgeschriebenen Art nicht durchgeführt werden könnte. Nachdem nun Reichsmittel gewährt seien, seien diese Bedenken fort.

— Senator H e n z e weist wiederholt auf die Notwendigkeit des schnellen Handelns hin. Die Behörde habe so schnell wie möglich gehandelt. — D r e g e r (Soz.) polemisiert gegen Rosenquists, der sehr dunkel geredet habe. Dessen Kritik sei zu verwundern. Die Behörden müßten bei Vergebung der Arbeiten streng kontrollieren. Häufige die Materialarbeiten im Hofgebäude erzielten, daß einzelne Handwerkermeister mit dem Staatsgeldern unverantwortlich gehandelt hätten. (Laut Dr. G e h h a r d t: Unbeliebige Behauptungen!) Der Redner ist bereit, die übrigen Unterlagen für seine Darlegungen zu geben. Die Staatsmeister z. S. haben den Gehaltsaufschlag angerechnet, obwohl sie die Arbeit selbst ausführen. (Rosenquists: Zu dämlich!) — Der Wortführer ruft den Redner zur Ordnung. Die unqualifizierten Argumente Rosenquists seien völlig unangebracht. — R o s e n q u i s t (Vrbg.) verweist die Behauptungen der Rednerdarlegungen zu verabschieden. Die Handwerker dürften nicht ausgeschlossen werden, da sie unter großer Not litten. — W a n d l e (Dem.) beweist, daß das Gewerbe mit finanziellen Geldern überhand weise. Er stellt einen dringenden Antrag, einen Ausschuß einzusetzen, der die von Dregger vorgebrachten Vorwürfe prüft. — H a u t (Soz.) beantragt, diese Prüfung dem Ausschuß für Bau- und Wohnungsweisen zu übergeben. — Dr. G e h h a r d t (D.) beantragt die Einsetzung eines besonderen Ausschusses. — H a u t (Soz.): Auch wir sind selbstverständlich für solche Einsetzung der Angelegenheit. — Die Bürgerschaft beschließt, die Sache dem Ausschuß für Bau- und Wohnungsweisen zu übergeben.

Verkauf eines Bauplatzes in Salzwitz. — S o l l (D.) behauptet, daß die Ausrufen Sonntag nicht geübt sind und fordert Kommissionierung einer Kommission bei der alten Kaserne. — Senator M e h r l e i n: Die Kommissionierung der Ausrufen an Sonntagen unterliegt dem Belieben der Ausrufeherren. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Aufhebung der Betriebsbehörde u. s. w. d. a. — A m b r o s i u s (Dem.) hält den Vorschlag des Senats zur Änderung der Verwaltung der Betriebsbehörde für ungenügend. Wenn eine Neu-

ordnung der Verwaltung vor sich gehen soll, sei die Schaffung zweier Behörden an Stelle der einen unangebracht. Im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung liege der Antrag nicht. Der Redner beantragt, die Senatsvorlage dem Haushaltsausschuß zur Prüfung zu überweisen. — Senator Dr. V e r m e h r e n hält die vorliegende Regelung für außerordentlich praktisch. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Wiederanbau des abgebrannten Viehhauses auf dem Stadteigute Rißerau u. s. w. d. a. — H e i l b o r n (Komm.) erkundigt sich nach der Pachtsumme des städtischen Gutes in Rißerau. — Senator F r i e d r i c h: Der Pächter zahlt im laufenden Jahre schon etwa 40 Millionen Mark Pacht, im vorigen Jahre 45 000 Mark. — H e i l b o r n (Komm.) hält beide Summen für viel zu gering. Der Pächter verlaufe seine Produkte ebenso teuer wie andere Agrarier. Man sollte Liefer Liegehallen für Kränze bauen als Schweinehülle. (Die weiteren Ausführungen des Redners rufen Widerspruch hervor.) Heilborn behauptete, die Sozialdemokraten gehen darauf aus, den Kommunisten den Schädel einzuschlagen. — Senator F r i e d r i c h wendet sich gegen eine Forderung des Redners, die Güter in eigene Regie zu übernehmen. Berlin z. B. habe am schlechtesten Erfahrungen gemacht. Wenn ohne Schuld der Pächters Schaden einträte, sei der Staat vertragsgemäß zur Ersatzleistung verpflichtet. Der Pächter sei seinem Vertragsverpflichtungen nicht nachgekommen, sondern habe sich freiwillig zu der vom Staat bezogenen Roggenpacht bereit erklärt. Weiter trage der Pächter freiwillig zu den Wiederanbaukosten in ansehnlichem Betrage bei. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Erlaß eines neuen Gewerbesteuergesetzes. S. Nr. 71; mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses. — R e i m p e l l (D.) betont, der Haushaltsausschuss habe sich über einzelnes geeinigt, doch seien noch eine Reihe von Punkten unentschieden geblieben, so daß sich eine Zurückverweisung an den Ausschuß empfehle. — H e i l b o r n (Komm.) lehnt erneute Ausschüßberatung ab. — J u n g e (Vrbg.) stellt den Antrag, einen neuen Ausschuß zu wählen und dabei die Gewerbetreibenden zu berücksichtigen. — Dr. L e b e r (Soz.) polemisiert gegen die Ausführungen Reimpells. Die bürgerlichen Fraktionen wollten die Vorlage verabschieden, weil das Finanzamt besondere Bedingungen gestellt habe. Die vorliegende Fassung entspräche gerade Rosenquists Wünschen. Die Deutschnationalen wollten eben dem Gesetz nicht zustimmen. Der Antrag müsse angenommen werden, da die Sozialdemokraten nicht länger zuschauen können, daß die Proletarier allein Steuern bezahlen. — G e w e r s (D.) behauptet, die klare Formulierung des Antrages rühre allein von Herrn Senator Dr. V e r m e h r e n her. Die Vorlage sei so nicht zu verabschieden. Lübeck könne als Industrie- und Handelsstadt keine Gewerbesteuer verabschieden, die jeden Zutrom unterbinde oder die anwesenden Industrien und Gewerbe verjagen wolle. — Senator Dr. V e r m e h r e n bestreitet, daß die Formulierung auf seine Person zurückzuführen sei. Persönlich habe er die größten Bedenken gegen die Vorlage. Eine Einigung der Parteien wäre zu begrüßen. Das Finanzamt werde alles tun, um die Termine festzusetzen, auch wenn die Vorlage an einen Ausschuß zurückverwiesen werde. — H a u t (Soz.) erklärt, keine Fraktion trimme dem Vorschlag zu, die Vorlage an den Haushaltsausschuß zurückzuverweisen. — G o h l e (Dem.) alaucht der Antrag verleihe die Grundlagen der Gewerbesteuer. Sie sei eine Ungerechtfertigt und Ungeheuerlichkeit. Die Lohn- und Gehaltsentwärtiger bezahlten nach den Ausführungen des Reichsfinanzministers nur 18 Prozent der Steuern, nicht 95 Prozent, wie gesagt worden sei. Wenn die Steuern nicht rechtzeitig bezahlt worden seien, dann liege die Schuld an denjenigen, die die Steuererlässe gemacht hätten. — H a u t (Soz.) zieht seinen Antrag auf Verweisung an den Haushaltsausschuß zurück. — R e i m p e l l (D.) verweist keine Stellungnahme zu der Vorlage im Haushaltsausschuss. — S c h l i e s e r (Vrbg.) erkennt die Ungeheuerlichkeit der verabschiedeten Erhebung der Gewerbesteuer an. Man dürfe aber auch die freien Berufe und die Landwirtschaft von der Gewerbesteuer nicht ausschließen. Man wolle Gewerbetreibende mit geringeren Einkommen belassen, während man die anderen freilasse. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters müsse beim Unternehmer bei der Festlegung der Gewerbesteuer freigelassen werden. — S o l e (Dem.) will in der Gewerbesteuer feste Sätze festgelegt wissen. Man müsse die wirtschaftliche Lage Lübecks in Betracht ziehen. Die Vorkläge des Senatsantrages seien wünschenswert. — J u n g e (Vrbg.) behauptet, daß der Haushaltsausschuss die Steuererlässequelle des Konsumvereins verstoßen habe. Ausschüßberatung sei notwendig. — Dr. L e b e r (Soz.) behauptet, daß gerade Herr Reimpell die Verabschiedung der Vorlage gefordert habe. Bei den Demokraten wisse die rechte Hand nicht, was die Linke tue. Die gegenteiligen Behauptungen des Herrn Scholl, der Beweis dafür, daß die Lohn- und Gehaltsentwärtiger 95 Proz. der Steuern einbringen, sei nicht erbracht, erbede die Grundlage. Daß die Veranlagten 80 Proz. Steuern aufgebracht hätten, sei unwahr. Redner beweist dies an Hand von Zahlen. Von den vier hundert Millionen Gewerbesteuerertrages könne man kaum haben. Es sei doch absolut nicht wegzutreten, daß z. B. ein Bauer in einem Monate mehr an Steuern bezahle, als ein Landwirt im ganzen Jahre. Obwohl ein großer Steuerhändler im Gange sei, lehnten sich die Besten norm zahlen. Dieser Zustand sei nicht länger zu ertragen. Unbestreitbar sei die Tatsache, daß die gesamte Industrie, Handwerk und Handel in Lübeck im ganzen Jahre nicht so viel Steuern bezahlten als die Proletarier der U. M. G. in 3 Monaten. In der weiteren Debatte gegen Scholl erklärt der Redner, seine Fraktion lasse sich von dem Grundgedanke einer gerechten Besteuerung nicht abbringen. Meistens habe aber die Sozialdemokratie auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien. Die bürgerliche Einheitsfront habe den ungewöhnlichsten Steuerstand der Geschichte aufzuzeigen. Unter dieser Jahre legten auch die Kommunisten. All dieses werde uns aber nicht abhalten, für das zu kämpfen, was wir für nötig erkannt haben. Die Beilegung des Steuerrechts sei notwendig, um den Staat vor dem Zusammenbruch zu bewahren, andererseits gehe Deutschland und keine Einzelstaaten dem abwärts Richtigen entgegen. — Auf Antrag H a u t (Soz.) wird die Sitzung verlegt, um noch einmal interfraktionelle Besprechungen über diese Frage pflegen zu können.

Dhne oder mit unwesentlicher Debatte wurden folgende Anträge angenommen:
Instandsetzung der Umgehung des Behnerturmes. Erlaß eines Nachtrages zur Bauordnung. Bewilligung von Mitteln zur Durchführung von Spülarbeiten. Nachbewilligung für den Einbau eines neuen Fernsprechanlage im Kanzleigebäude. Nachtrag zur Landgemeindeförderung für den Lübedischen Freistaat.
Schluß 9 1/2 Uhr.

Gewerkschaften.

Zur Lohnpolitik der Unternehmer. Der Tarifausschuss der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hielt in Berlin eine Sitzung ab, um zu der Frage der Lohnpolitik für den Monat Mai Stellung zu nehmen. In einem Rundschreiben dieser Vereinigung vom 24. April werden die Mitglieder dringend gebeten, sich selbst noch jeder Entscheidung für die Lohnpolitik zu enthalten und die Gewerkschaften auf Verhandlungen Anfang Mai zu verweisen. Dieses Hinausschieben der Verhandlungen ist auch deshalb gerechtfertigt, weil diesmal der Reichsindexziffer besonderes Interesse entgegengebracht werden muß und die Bekanntgabe der Zahlen erst um den 4. oder 5. Mai zu erwarten ist. Die Gewerkschaften hätten bei der Aussprache am 28. April in der Zentralarbeitsgemeinschaft der Vereinigung wegen der im März und April verfolgten Lohnpolitik Vorhaltungen gemacht und darin eine Verletzung des Beschlusses der Zentralarbeitsgemeinschaft von Ende Januar 1923 über die gemeinsamen Abwehrkampf der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (vergleiche Rundschreiben Nr. 19) erblickt. Sie verurteilten schließlich von uns eine Erklärung, daß wir mit Rücksicht auf die Verringerung des Deniersstandes und ein weiteres Ansteigen der Preise für Mai die bisherige Lohnpolitik nicht weiter verfolgen wollten. Dabei spielte auch wieder die sogenannte Lohnanpassung in den Ausführungen der Gewerkschaftsvertreter eine besondere Rolle. Auch unsere wiederholte Erklärung, man möchte von der Gewerkschaftsseite doch einmal eine Begriffsbestimmung für die Lohnanpassung und praktische Vorschläge für deren Durchführung sowohl, wie für die Verhinderung von Lohntreibern infolge der Anpassungstheorie machen, blieben sie uns die Antwort schuldig und erst gegen Schluß der Debatte stellte sich heraus, daß man auf Gewerkschaftsseite sowohl Angleichung an die „Lohnindexziffer“, wie an das „Preisindexziffer“ und eine Sicherstellung des Reallohnstandes vom Januar d. J. verlangte. Die letztere Forderung mußte schon mit Hinweis darauf, daß die praktische Einführung der gleitenden Lohnskala hinaustreibe, abgelehnt werden. Im übrigen verweisen wir die Gewerkschaften auf die am 2. Mai stattfindende Aussprache unseres Tarifausschusses, in der wir sämtlich für die Gestaltung der Lohnpolitik in Frage kommenden Umständen, wie bisher, sorgfältig und pflichtgemäß prüfen würden. Auch für den Monat Mai kann nur eine solche Lohnpolitik für uns in Frage kommen, die die politisch-vaterländischen Gesichtspunkte in der Frage des Abwehrkampfes mit der wirtschaftlichen Lage der Betriebe und den Zielen der Regierung wie bisher, in Einklang zu bringen sucht. Welche Gesichtspunkte etwa hier in Frage kommen, hoffen wir nach der Tarifausschüßberatung durch Zühlungnahme an maßgebender Stelle feststellen und der Aussprache im Tarifausschuss zu Grunde legen können. Zusammenfassend betonen wir erneut, daß unbedingt verhindert werden muß, unter dem Eindruck der gegenwärtigen Verhältnisse jetzt schon die Lohnpolitik der Unternehmerrchaft für Mai durch Vorwegnahme von Verhandlungen, sei es im Sinne der Ablehnung, sei es mit der Absicht der Bewilligung weiterer Lohnhöhungen entscheidend durch die Praxis zu beeinflussen. — Es wird sich bald zeigen, was bei der Zühlungnahme an maßgebender Stelle herausgekommen ist und welche Gesichtspunkte unter den „politisch-vaterländischen“ im kriegsruhmreichen der Unternehmer entwickelt wurden. Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den nachgebillig erhofften Preisabau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-vaterländischen“ Gesichtspunkte die keinen hungrigen Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllten, ziemlich ausstichlos ist.

„Der Beitrag zu hoch?“

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ — so hört man diesen oder jenen sagen. Wer dieses sagt, bedenkt nicht, was er spricht, er will geminnen, ohne was zu wagen. Ein jeder Pfennig tut ihm bitter leid, der nicht als Gold in seinen Schlappsaß gleitet, doch nimmt er gerne ohne Dankbarkeit, was der Verband ihm mühevoll erstreitet.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ — Kann man mit Männern, die dies Wort betreten, die Welt erobern, Freude, Brot und Licht, wenn sie ein Opfer darzubringen scheuen? Nur wer kein Opfer scheut, besitzt das Recht, sich an den Tisch des Lebens hinzusetzen. Drum geht es freudig, im täglichen Gefecht das Schwert der Tat mit Opferstirn zu wehen.
(Aus: „Der freie Landarbeiter“.)

SUNLIGHT SEIFE

Leicht löslich und ausgiebig, dadurch sparsam im Gebrauch.